



Landnutzerbündnis fordert Überarbeitung der EU-Wiederherstellungsverordnung

Das Aktionsbündnis Forum Natur als Bündnis der Landnutzer vertritt mit seinen Mitgliedsverbänden rund 6 Millionen Menschen im ländlichen Raum. Bei diesen besteht eine große Unsicherheit und erhebliche Kritik gegenüber der auf EU-Ebene 2024 beschlossenen Natur-Wiederherstellungsverordnung (W-VO). Die Verbände befürchten, dass statt einer versprochenen kooperativen und freiwilligen Umsetzung der W-VO am Ende doch das Ordnungsrecht greift, wenn die weitreichenden Flächenziele nicht erreicht und Indikatoren nicht die ambitionierten Trends erfüllen. Das Aktionsbündnis sieht in der Verordnung eine Bedrohung für die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen, für das Grundeigentum und für die Zukunft des kooperativen Naturschutzes. Der grundsätzliche Konstruktionsfehler bedarf einer Überarbeitung auf EU-Ebene, bevor überhaupt in Deutschland am Nationalen Wiederherstellungsplan weitergearbeitet wird. Hinzukommt, dass die W-VO zwar von Seiten politischer Entscheidungsträger als flächenunscharf bezeichnet wird, die Regelungen zur Wiederherstellung von Ökosystemen im Endeffekt aber nahezu jede einzelne Fläche und damit die Landnutzer in ihrer Gesamtheit treffen werden.

Da wir als Landnutzer die Herausforderungen in der Praxis und vor Ort kennen, fordern wir als ersten Schritt eine generelle Überarbeitung auf EU-Ebene und als zweiten Schritt eine stärkere Beteiligung und aktive Mitgestaltung beim Umsetzungsprozess auf nationaler Ebene.

Wir sind es, die für eine leistungsfähige, verantwortungsvolle und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft stehen, die nicht durch übermäßige und praxisferne Regulierung gefährdet werden darf. Wir leben Natur-, Arten- und Umweltschutz nach dem Prinzip „Schutz durch Nutzung“ und haben mit diesem Prinzip die lebendigen Kulturlandschaften über Generationen geschaffen, erhalten und stellen vielfältige Ökosystemleistungen für die Gesellschaft sicher. Die aktuelle Verordnung ist für die Herausforderungen der Zukunft wie z. B. die Anpassung an den Klimawandel und die Ernährungssicherung gefährlich und muss auf den Prüfstand gestellt werden.

Im Hinblick auf die Wiederherstellungsverordnung fordern wir daher mit Nachdruck:

- Grundsätzliche Überarbeitung der Wiederherstellungs-Verordnung auf EU-Ebene
- Verankerung eines Gebots zur Kooperation und zur Freiwilligkeit in der EU-Verordnung und im Nationalen Plan
- Streichung der weitreichenden Flächenziele und Indikatoren als Zielbestandteile
- Einstellung der Arbeiten am Nationalen Wiederherstellungsplan bis grundlegende Änderungen auf EU-Ebene erfolgt sind;
- Stärkere aktive Beteiligung der betroffenen Landeigentümer, Bewirtschafter und Nutzer des ländlichen Raums an Erarbeitung, sobald diese am Nationalen Wiederherstellungsplan aufgenommen wird;
- Zustimmungspflichtigkeit des Nationalen Wiederherstellungsplans im Bundesrat vorsehen statt Beschluss durch die Bundesregierung;
- Entbürokratisierung bei Wiederherstellungsmaßnahmen und Indikatoren sowie beim Monitoring
- W-VO muss unter dem Vorbehalt der ausreichenden Finanzierung außerhalb der Gemeinsamen Agrarpolitik für Maßnahmen über alle Ökosysteme hinweg stehen;
- Keine Festschreibung historischer Vegetationszustände und rückwärtsgewandter FFH-Lebensraumtypen, sondern angesichts von Klimawandel und Standortsdrift Flexibilisierung und Dynamisierung dieser Lebensraumtypen.